

Resolution

verabschiedet von der
6. Kammerversammlung



Psychotherapeuten
Kammer NRW

**5. Sitzung der 6. Kammerversammlung
am 29. Mai 2026, Dortmund**

„Sofortige Beendigung der Erprobungsphase des Modellprojektes Qualitätssicherung in der ambulanten Psychotherapie in NRW“

Im Rahmen der notwendigen Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen müssen auch QS-Maßnahmen mit nicht erwiesenem Nutzen auf den Prüfstand gestellt werden.

Das Modellprojekt Qualitätssicherung in der ambulanten Psychotherapie verursacht hohe Kosten auf verschiedenen Ebenen und erheblichen bürokratischen Aufwand in den Praxen und beteiligten Institutionen. Es stellt eine erhebliche zusätzliche organisatorische Belastung in den psychotherapeutischen Praxen in NRW dar, deren Gegenfinanzierung bis heute nicht geregelt ist. Eine Bereitschaft der Krankenkassen, die zeitlichen und sächlichen Aufwände der psychotherapeutischen Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer in der anfallenden Höhe zu vergüten, ist bis heute nicht zu erkennen.

Der wissenschaftliche Beirat Psychotherapie hat bereits 2025 festgestellt, dass das vorgelegte Verfahren keinen Beitrag zur Verbesserung der Qualität ambulanter psychotherapeutischer Arbeit leistet. Aus Sicht der psychotherapeutischen Versorgung stellt primär der entstehende Verlust von Behandlungskapazitäten durch das Modellprojekt ohne entsprechenden Nutzen für die konkrete Behandlung sowie die erheblichen fachlichen Mängel des Verfahrens einen ausreichenden Grund dar, das Modellprojekt nicht weiterzuführen.

Durch die bereits jetzt beschlossenen und noch weiter im Gesetzentwurf vorgesehenen Kürzungen der Honorare in der ambulanten Psychotherapie entfällt nun jedoch zusätzlich jegliche Basis für die Erwartung einer Durchführung eines solchen Modellprojektes ohne eine Garantie einer Gegenfinanzierung sämtlicher Aufwände in voller Höhe durch die Krankenkassen.

Die Kammerversammlung der PTK-NRW fordert daher das Modellprojekt Qualitätssicherung in der ambulanten Psychotherapie unverzüglich auszusetzen bzw. zu beenden. Eine Weiterführung des Modellprojektes in NRW ist vor dem Hintergrund der aktuellen Honorarkürzungen und Sparzwänge im Gesundheitswesen strikt abzulehnen.